Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 168 (2002)

Heft: 2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FRANKREICH

Zusätzliche Budgetmittel für die französischen Spezialtruppen

Nach den Terroranschlägen in den USA vom September 2001 haben auch in Frankreich die Diskussionen über den Zustand der französischen Streitkräfte, deren Einsatzmöglichkeiten sowie über die künftigen Ausrüstungsprioritäten eingesetzt. Dabei werden innerhalb der französischen Streitkräfteführung, inbesondere bezüglich der heutigen Fähigkeiten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sehr unterschiedliche Meinungen vertreten. Klar festgehalten werden aber Mängel bei den strategischen Aufklärungsmöglichkeiten und im Bereich der heute vorhandenen Spezialkräfte.

In einem ersten Schritt sollen die französischen Spezialtruppen modernisiert und bestandesmässig aufgestockt werden. Hierzu hat das Verteidigungsministerium noch im Jahre 2001 zusätzliche Mittel im Umfang von 460 Mio. Euro gesprochen. Im Verlaufe dieses Jahres sollen für das Kommando Spezialkräfte COS (Commandement des Forces Spéciales) 800 bis 900 zusätzliche Soldaten rekrutiert werden. Der Gesamtumfang des COS beträgt heute rund 2000 Personen. Vorgesehen ist im Weiteren die Aufstellung eines neuen Regiments, das innerhalb des COS primär für Aufgaben in den Bereichen Aufklärung, Überwachung und Zielzuweisung vorgesehen ist.

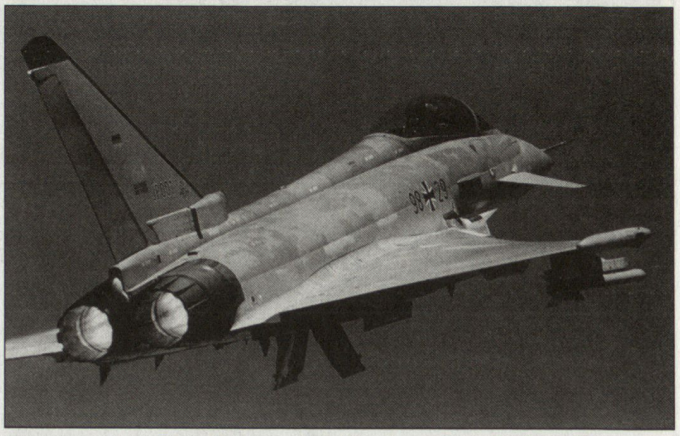
Zudem wird mit den zur Verfügung gestellten Budgetmitteln der Kauf von 10 zusätzlichen Transporthelikoptern «Cougar Mk2» ermöglicht. Diese Beschaffung soll so rasch als möglich durchgeführt werden, damit die Transportkapazität verbessert werden kann. Bereits heute verfügt das COS über einige wenige Helikopter dieses Typs. hg

Transporthelikopter «Cougar Mk2» für das französische COS.

DEUTSCHLAND

Eurofighter-Hersteller sucht neue Kunden

Die Rüstungsindustrie ist infolge der Verkleinerungen der Streitkräfte und der empfindlichen Kürzungen der Verteidigungshaushalte nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern notleidend geworden. Das gilt auch für das internationale Konsortium des Eurofighterherstellers, zu dem Deutschland neben Grossbritannien, Italien und Spanien gehört. Weil Frankreich sich zu einer eigenen Entwicklung entschloss und die USA als Nachfolger der F-16 bei Lockheed Martin 3000 Exemplare des «Joint Strike Fighters» (JSF) für die Zeit nach 2010 geplant haben, ist die bisherige Stückzahl von zirka 800 Eurofightern zu klein, um gegenüber den USA konkurrenzfähig zu sein. Deshalb strebt das europäische Konsortium die Erweiterung der Produktion auf wenigstens 1300 Flugzeuge an. Hierzu benötigt es neue Käufer. Durch ein lukratives Angebot, mit Herstellungsbeteiligung sowohl am Eurofighter als auch beim Airbus-Zivilprogramm und dem Militärtransporter A400M sowie anderen Projekten ist der Vorsitzende der «European Aeronautic Defence and Space Company» (EADS) bemüht, die



Prototyp des «Eurofighter» bei der deutschen Luftwaffe.

Niederländer zu bewegen, an Stelle des amerikanischen JSF den Eurofighter als Nachfolger des F-16 zu beschaffen. EADS ist bereit, die niederländische Industrie mit einem Volumen von 7 Mia. Euro an der Eurofighter-Produktion und anderen Projekten zu beteiligen, sollte sich der Staat zur Anschaffung von 80 bis 100 Flugzeugen ab 2010 entschliessen. Dabei soll der grösste Teil, etwa 2 Mia. Euro, auf Aufträge für den zivilen Airbus entfallen. Er lockte damit, dass das gesamte Anschaffungsvolumen für den Eurofighter von 7 Mia. Euro im Beschaffungszeitraum von 20 Jahren wieder in die Niederlande zurückflösse. Die niederländische Industrie ist diesem Angebot gegenüber aufgeschlossen, zumal die technischen Risiken gegenüber der Entscheidung für den JSF erheblich geringer sind. Jedoch steht dem gegenüber, dass der JSF zu dem Zeitpunkt auf den Markt kommt, zu dem die Niederländer ein neues Kampfflugzeug benötigen. Da der Anfang der Entwicklung des Eurofighters, der zunächst «Jäger 90» genannt wurde, schon lange zurückliegt, ist der JSF mit einer fortschrittlicheren Technologie ausgestattet.

Den Niederländern kommt nun eine entscheidende Rolle zu. Sie gibt ein wichtiges Signal für andere potenzielle Käufer aus Europa, denn der von Lockheed produzierte, inzwischen alt gewordene F-16 muss auch in absehbarer Zeit in den Luftstreitkräften von Dänemark, Italien, Portugal, Belgien und Griechenland ersetzt werden. Die Europäer stehen hierbei stärker unter Handlungsdruck als ihre US-Konkurrenten. Es handelt sich nicht nur um ein lukratives Milliardengeschäft oder einen Prestigefall. Viel wichtiger ist dabei, dass die europäische Rüstungsindustrie ihr Know-how und ihre Systemkompetenz auch für den Luftfahrtbereich beibehalten kann. Tp.

Geschäftsführerin der «Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb» gibt auf

Die Geschäftsführung der bundeseigenen «Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb» (GEBB) hat Ende 2001 ihr Amt niedergelegt. Grund hierfür war die offensichtliche Uneffektivität dieses Unternehmens. Wegen des weit unter dem Notwendigen liegenden Verteidigungshaushalts hatte der Bundesfinanzminister dem Bundesminister der Verteidigung zugesagt, durch Rationalisierung, Verwaltungsstraffung und moderne Bewirtschaftung eingesparte Mittel innerhalb der Bundeswehr verbrauchen zu können. Zur Erschliessung neuer Geldquellen wurde darüber hinaus eine private Gesellschaft geschaffen, die den Auftrag bekam, den Fuhrpark und das Bekleidungswesen teilweise zu privatisieren und freigewordene Gebäude und Liegenschaften der Bundeswehr zu verkaufen. Man versprach sich von der Privatisierung erhebliche Einsparungen sowie schnelleren und besseren Verkauf. Die hierdurch erwirtschafteten Mittel sollten für die Durchführung der Reform der Bundeswehr und für die Modernisierung von Waffen und Gerät verwendet werden. Scharping erhoffte sich eine Einnahme von 1 Mia. Mark im laufenden Jahr und in den folgenden einen ähnlich hohen Gewinn.

Unterdessen ist bekannt geworden, dass dieses Ziel weit verfehlt wurde und lediglich Einnahmen

von wenigen Millionen erreicht wurden. Viele halten das Konzept für gescheitert. Herausgekommen seien nur hoch dotierte Posten für zwei Angehörige der SPD und ein Konzern mit im Endaufbau 24 000 Beschäftigten.

Damit sind Verteidigungsminister und Bundeswehr in noch grössere Schwierigkeiten geraten. Die internationalen Anforderungen in Bosnien, im Kosovo, Mazedonien, Afghanistan und bei weiteren Bereitstellungen der Bundeswehr für den internationalen Antiterroreinsatz scheinen die finanziellen und operativen Möglichkeiten der Streitkräfte zu überschreiten. Fachleute sind der Meinung, dass auch der personelle Rahmen, der durch die Reform erreicht werden soll, für die zu erwartenden Aufgaben bei weitem zu eng sei. Der Bundeskanzler hat zugesagt, dass Deutschland sich an einer Friedenstruppe in Afghanistan im Auftrag der Vereinten Nationen angemessen beteiligen werde. Es wird sogar von einer Führungsrolle der Deutschen hierbei gesprochen. Der Verteidigungsminister betont, dass dies ohne zusätzliche Mittel und Kräfte nicht möglich sei.

Woher bei dem Einbruch der Steuereinnahmen, bedingt durch Konjunktureinbruch, die Mittel kommen sollen, ist bis heute nicht ersichtlich. Scharping rechnet auch weiterhin mit einem Erfolg der GEBB. Der Gewinn in diesem Jahr belaufe sich nicht auf einige Millionen, sondern läge im Bereiche von einigen 100 Millionen. Vor allem beim Verkauf von Liegenschaften sei es zu Verzögerungen gekommen. Bei den Betriebskosten seien die Personalkosten um 150 Mio. gesenkt worden. 16,5 Mio. hätten beim Gefechtsausbildungszentrum eingespart werden können. Durch Reduzierung der Lagerbestände könnten bis 2003 mindestens 23 Mio. erwirtschaftet werden. Die deutsch-niederländische Vereinbarung über gemeinsame Nutzung von Lufttransportkapazitäten brächten 89 Mio. Gewinn. Darüber hinaus gäbe es weitere Gewinnmöglichkeiten im Bereich dreistelliger Millionenbeträge.

Der Rücktritt der Gesellschafterin habe hauptsächlich andere Gründe. Der Verteidigungsminister sieht deshalb Anlass, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen, zumal die Verzögerung beim Verkauf der Liegenschaften an die Gemeinden abgebaut werden könnte. Tp

USA/FRANKREICH/DEUTSCHLAND

Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer Lenkrakete für den Mehrfachraketenwerfer MLRS

Zwischen den Rüstungsfirmen Lockheed Martin Missiles and Fire Control (USA), MBDA (Frankreich) und Diehl Munitionssysteme (Deutschland) wurde noch im Jahre 2001 ein Memorandum of Agreement zur Festlegung der weiteren Entwicklung und Fertigung der neuen Lenkrakete GMLRS (Guided Multiple Launch Rocket System) unterzeichnet.

Der Bedarf für eine Raketenartillerie mit grösserer Reichweite und höherer Trefferwahrscheinlichkeit wurde in den letzten Jahren auch von diversen europäischen Armeen ausgewiesen. Dies veranlasste die Rüstungsbeschaffungsstellen in Frankreich, Deutschland, Italien und Grossbritannien, bei der Entwicklung von GMLRS mit den USA zu kooperieren. Nun ist beabsichtigt, ab etwa 2005 im multinationalen Rahmen die Produktion von GMLRS für einen europäischen Markt aufzunehmen. Bereits vor dem Beginn der Gemeinschaftsentwicklung hatten sowohl die USA als auch Deutschland mit eigenen Lenkraketenprogrammen begonnen. Wegen der hohen Entwicklungskosten bei der Lenkeinheit wurde in Deutschland das eigene Entwicklungskonzept nicht weiter verfolgt.

Beim laufenden multinationalen Programm werden möglichst viele Komponenten der Basisrakete des MLRS (Kaliber 227 mm) übernommen. Auch in der Lenkeinheit der neuen Rakete, die zirka 50% der Stückkosten ausmacht, werden bereits eingeführte Komponenten verwendet. So wurde die Lenkeinheit mit GPS-Empfänger-, Inertiallenkung und mit einer flexiblen elektronischen Zündeinrichtung ausgerüstet, die auch die Verarbeitung von Signalen für intelligente Sub-Munitionen ermöglichen soll. Die Entwicklung der neuen GMLRS ist somit auch eine viel versprechende Basis für eine neue Munitionsfamilie für das MLRS-Waffensystem. hg

Entwicklung einer gelenkten Rakete für den Mehrfachraketenwerfer MLRS.

ÖSTERREICH

Zur laufenden Flugzeugbeschaffung

In Österreich ist das Evaluationsverfahren für die Nachfolge der veralteten «Draken»-Abfangjäger in die Endphase getreten. Noch Ende 2001 haben sich zwei der ursprünglich fünf Bewerber zurückgezogen. Es sind dies die Firmen Boeing (USA) mit dem Kampfflugzeug F/A-18 sowie die französischen Dassault-Werke mit dem «Mirage 2000-5».

Begründet wird dieser Ausstieg von beiden Firmen mit den übertriebenen österreichischen Kompensationsforderungen von mindestens 200 Prozent, die als unrealistisch und überrissen beurteilt werden. Die Firma Boeing macht zudem geltend, dass die geforderte Zwischenlösung, d. h. die leihweise Abgabe einer Anzahl Maschinen während einer Übungsphase nicht erfüllt werden könne.

Im Evaluationsverfahren verbleiben die Firmengruppe Saab/British Aerospace mit dem JAS-39 «Gripen», Lockheed-Martin mit dem F-16 und der europäische Rüstungs- und Luftfahrtkonzern EADS mit dem Eurofighter «Typhoon».

Beim bevorstehenden Entscheid von zentraler Bedeutung sind nach wie vor die geforderten Kompensationsgeschäfte von rund 200 Prozent. Dieses hochgesteckte Ziel dürfte allerdings nur schwer zu erreichen sein. Diesbezüglich am nächsten kommen vermutlich die schwedisch-britischen Anbieter, die nach einer frühzeitig eingeleiteten Planungsphase bereits heute über Kompensationsgeschäfte im Umfang von rund einer Mia. Euro verfügen sollen. Unterdessen machen aber besonders die Vertreter von Lockheed-Martin grossen Druck auf die österreichische Regierung und locken mit umfangreichen «Wirtschaftsgeschenken».

Aus heutiger Sicht dürfte die Ausmarchung zwischen den Kampfflugzeugtypen F-16 und JAS-39 «Gripen» erfolgen. Der noch in diesem Jahr erwartete Entscheid dürfte schwierig zu fällen sein. Trotz grossem Druck aus den USA dürfte es zu einem Entscheid zu Gunsten der Europäer, d. h. für Saab/British Aerospace kommen. Denn vermutlich werden sie als einzige die verlangten Kompensationsgeschäfte in dieser Grössenordnung erfüllen können. Zudem dürfte für Österreich eine künftige Zusammenarbeit mit Ungarn und Tschechien, die sich bereits für den «Gripen» entschieden haben, von Interesse sein. hg

ISRAEL

Einführung von Kampfhelikoptern «Apache Longbow»

Das israelische Verteidigungsministerium hat beim Rüstungskonzern Boeing neun Kampfhelikopter AH-64D «Apache Longbow» bestellt. Der entsprechende Vertrag im Umfang von 500 Mio. US-$, inkl. Bewaffnung, Ersatzteile, Training und Logistik wurde im Jahre 2001 abgeschlossen. Unterdessen hat die israelische Luftwaffe mit der Einführung der Maschinen begonnen.

Der AH-64D «Apache Longbow» verfügt über eine voll integrierte Avionik und kann über ein

Kampfhelikopter AH-64D «Apache Longbow».

Datalink digitalisierte Informationen über das Gefechtsfeld oder das überflogene Krisengebiet an luft- und/oder bodengestützte Einheiten und Führungsstellen weiterleiten.

Israel verfügt bereits heute über drei Staffeln, die mit der Grundversion AH-64A ausgerüstet sind. Der Hauptunterschied zu diesen primär für Kampfeinsätze genutzten Maschinen ist das auf dem Hauptrotormast montierte Millimeterwellenradar «Longbow», das praktisch bei allen Witterungsbedingungen für die Zielaufklärung, Zielklassifizierung und auch reine Aufklärungsmissionen genutzt werden kann. Zudem kann der neue AH-64D dank dieser Ausrüstung die radargelenkte Version des Luft-Boden-Lenkflugkörpers «Hellfire» einsetzen. Dies ermöglicht es den israelischen Streitkräften, mit Kampfhelikoptern gezielte Schläge gegen Gebäude und auch einzelne Fahrzeuge zu führen. Die Kampfhelikopter «Apache Longbow» verfügen zudem über massiv verbesserte Schutzmassnahmen, die gemäss Herstellerangaben einen Abschuss durch gegnerische Abwehrwaffen praktisch unmöglich machen. hg

TSCHECHIEN

Auch die Tschechische Republik entscheidet sich für das Kampfflugzeug «Gripen»

Mitte Dezember 2001 hat die Tschechische Republik entschieden, 24 Jagdflugzeuge vom Typ JAS-39 «Gripen» zu beschaffen. Tschechien wird voraussichtlich für diese Flugzeuge rund 50 Mia. Kronen (etwa 2,26 Mia. Franken) bezahlen müssen; die damit verbundene Bewaffnung dürfte weitere fünf Mia. Kronen kosten.

Zusammen haben das Verteidigungs- und das Finanzministerium einen Vorschlag zur Finanzierung der Flugzeuge erarbeitet, der nun der tschechischen Regierung unterbreitet werden soll. Grundsätzlich soll diese umfangreiche Beschaffung über Kredite finanziert werden, die allerdings noch vom Parlament bewilligt werden müssen. Der Gesamtumfang der Flugzeugbeschaffung dürfte sich demnach zusammen mit den auflaufenden Zinsen für Kredite auf mindestens 70 Mia. Kronen (rund 3,16 Mia. Franken) belaufen. Gemäss vorliegender Planung wird erst im Jahre 2009 mit den Zahlungen begonnen.

Es ist zu erwarten, dass rund um die Flugzeugbeschaffung noch heftige Debatten vor allem im tschechischen Parlament stattfinden werden. Denn einige Politiker und auch Militärspezialisten sind der Meinung, dass die Tschechische Republik heute noch nicht in der Lage ist, eine Rüstungsbeschaffung dieses Umfanges finanziell zu verkraften.

Das Auswahlverfahren für 24 bis maximal 36 «Überschall Mehrzweckkampfflugzeuge» wurde im Januar 2001 eingeleitet, wobei anfänglich fünf Bewerber aufgetreten sind. Bereits Ende Mai 2001 haben vier der fünf Bewerber ihre Offerten zurückgezogen. Die nun beginnenden Vertragsverhandlungen mit dem Konsortium Saab-British Aerospace sollen neben dem Auftragsvolumen und der Finanzierung über Kredite auch die Realisierung von Kompensationsgeschäften in der Höhe von 150% beinhalten. Nach der Typenentscheidung in Tschechien und dem absehbaren Leasingvertrag für 14 «Gripen» in Ungarn dürfte Saab-British Aerospace nun auch gute Aussichten beim Entscheidungsverfahren in Österreich besitzen. L.K.

Kampfflugzeug JAS-39 «Gripen».

NIEDERLANDE

Erhöhung der Verteidigungsausgaben für 2002

Dem niederländischen Verteidigungsministerium stehen in diesem Jahr rund 7 Mia. Euro (rund 10 Mia. SFr.) zur Verfügung. Dies sind mindestens 400 Mio. Euro mehr als im Jahre 2001. Für die Landstreitkräfte sind 2,1 Mia. für die Luftwaffe und die Marine je 1,5 Mia. vorgesehen. Für PSO (Friedensoperationen) werden insgesamt 170 Mio. eingeplant, etwa die Hälfte davon ist für die mit Priorität vorgesehene Teilnahme an der SFOR in Bosnien-Herzegowina vorgesehen. Daneben wird mit weiteren Beiträgen zu Gunsten der UNO (Afghanistan) ausgegangen.

Vom Verteidigungsministerium wird klar darauf hingewiesen, dass der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität höchste Priorität beigemessen wird. Entsprechende Massnahmen sollen aber vor allem im internationalen Rahmen erfolgen, etwa bei der Umsetzung und Erweiterung der ESVP-Kapazitäten oder auch bei einem weiteren Ausbau der Nachrichtendienste.

Zusammen mit dem vorgesehenen Aufbau der europäischen Eingreifkräfte sollen auch Massnahmen zur Verbesserung der Personalsituation in den Streitkräften eingeleitet werden.

Bei den Ausrüstungsbeschaffungen werden mit Schwergewicht die Bereiche Aufklärung, Kommunikation und strategische Transporte verbessert. Damit eine ständige sichere Verbindung zu den im Ausland stationierten Truppen gewährleistet werden kann, wird ab 2002 mit dem Aufbau einer eigenen niederländischen Bodenstation für militärische Satellitenkommunikation begonnen. Diese soll als Ergänzung zu anderen militärischen Satellitenverbindungen von Bündnispartnern sowie zu den bisher verwendeten zivilen Anbietern genutzt werden. Das niederländische Verteidigungsministerium rechnet in Zukunft mit mehr internationalen Einsätzen ausserhalb des Bündnisbereiches, wodurch ein steigender Bedarf an Aufklärungskapazität und vor allem auch an eigenen sicheren Übermittlungsmitteln notwendig wird. hg

GROSSBRITANNIEN

Verbessertes Sturmgewehr für die britischen Truppen

Die britischen Soldaten, die im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheitstruppe für Afghanistan zum Einsatz gelangen, werden alle mit dem modifizierten Sturmgewehr SA80 A2 ausgerüstet.

Insgesamt werden in den nächsten Monaten rund 200000 Sturmgewehre der Grundversion SA80 (Kaliber 5,56 mm) modifiziert und verbessert. Bisher stehen bereits 10000 verbesserte Waffen der Truppe zur Verfügung. Die neue Version SA80 A2 verfügt über diverse neue Komponenten, u. a. einen neuen Gewehrlauf, ein

Britische Truppen sollen bei künftigen Auslandeinsätzen ausschliesslich mit dem verbesserten Sturmgewehr SA80 A2 ausgerüstet werden.

Zielfernrohr sowie über weitere technische Verbesserungen.

Die gesamte Umrüstung, die auch Verbesserungen im Hinblick auf die neuen Aufgaben der Streitkräfte bringen soll, kostet insgesamt 150 Mio. Euro. Die Einführung einer völlig neuen Waffe wäre gemäss Angaben des britischen Verteidigungsministeriums rund fünfmal teurer gekommen. Die langfristigen Planungen sehen vor, dass die kampfwertgesteigerte Waffe SA80 A2 bei der britischen Armee bis zum Jahre 2015 im Einsatz bleiben soll. Erst nachher sollen die britischen Truppen mit einem Nachfolgemodell ausgerüstet werden. hg

USA

Terroranschläge haben Auswirkungen auf die US-Rüstungsindustrie

Nach den Terroranschlägen in den USA haben an der Börse vor allem die Aktien von Rüstungsunternehmen markante Gewinne erzielt. Davon profitiert haben insbesondere die Konzerne Raytheon, Lockheed Martin, Alliant Techsystems (ATK), Northrop Grumman und General Dynamics.

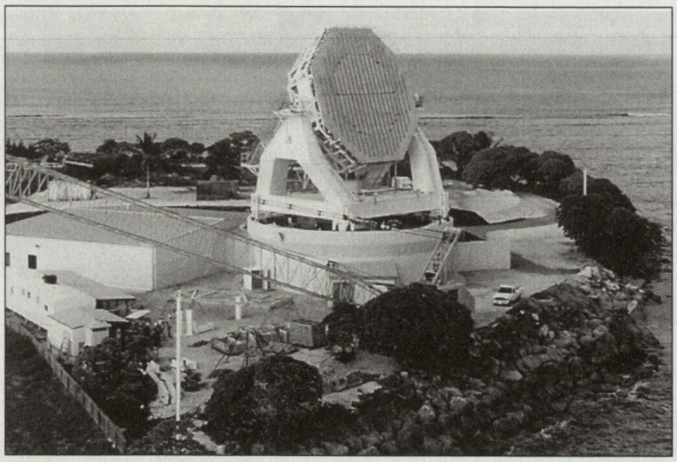
Raytheon sieht seine Kernkompetenz in der Verteidigungselektronik und produziert u. a. Komponenten für Missile Defence und Cruise Missiles. Northrop Grumman produziert vor allem Präzisionswaffen und Systeme für den Bereich Führung, Aufklärung und Kommunikation.

Die Analysten halten die Aussichten der Rüstungsbranche weiterhin für gut bis sehr gut. Die USA fühlen sich nach den Anschlägen vor allem durch den internationalen Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen bedroht und dürften ihre Verteidigungsausgaben sogar noch erhöhen.

Erwartet wird eine kontinuierliche Umsetzung der geplanten Umstrukturierung der US-Streitkräfte (siehe auch ASMZ Nr. 7/8 2001, Seiten 60–62). Weiterhin sind vor allem die Landstreitkräfte viel zu stark auf einen konventionellen Krieg gegen Staaten der ersten Welt ausgerichtet. Das soll sich nun ändern. Um mit so genannten «Schurkenstaaten» oder Terroristen fertig zu werden, braucht die Army entsprechend ausgerüstete und ausgebildete Soldaten und vor allem Nachrichtenspezialisten. Dazu kommt der Bedarf an Informationstechnologie und zusätzliches Einsatz- und Schutzmaterial für ganz spezielle Fälle wie beispielsweise zur Bekämpfung chemischer und biologischer Terrorangriffe.

Mittel- und langfristig dürften gemäss Einschätzung von Spezialisten die Rüstungsausgaben in den USA auf breiter Basis steigen. Im Haushaltsjahr 2002, das im Oktober 2001 begonnen hat, umfasst der Verteidigungsetat ein Volumen von 345 Mia. US-$. Im Jahre 2003 werde er voraussichtlich auf 400 Mia. US-$ steigen. Dabei dürften die Ausgaben für neue Rüstungsgüter wieder auf das Niveau der 80er-Jahre steigen – damals betrugen sie 100 Mia. US-$ pro Jahr.

Noch unklar sind die konkreten Auswirkungen der Terroranschläge auf das geplante Raketenabwehrprogramm (Missile Defence). hg



Prototyp des Radarsystems GBR-P von Raytheon, vorgesehen für das Missile-Defence-Programm der USA.

AUSTRALIEN

Beschaffung europäischer Kampfhelikopter «Tiger»

Im Herbst 2001 hat sich das australische Verteidigungsministerium zum Kauf von Kampfhelikoptern vom Typ «Tiger» entschieden. Damit kann das durch den deutsch-französischen Hersteller Eurocopter hergestellte Waffensystem zum ersten Mal an einen Kunden ausserhalb Europas verkauft werden. Das australische Heer wird 22 Kampfhelikopter zum Preis von rund 658 Mio. US-$ beschaffen. Sie sind sowohl für Kampf- wie auch für Aufklärungsmissionen vorgesehen und sollen die veralteten Bell 206B-1 «Kiowa» ersetzen. Verlierer des australischen Evaluationsverfahrens sind der A-129 «Scorpion» von Agusta/Westland und die amerikanischen Typen AH-64D «Apache» und ARH-1Z «Taipan». Der australische «Tiger» wird Merkmale der französischen Version und der neuen Mehrzweckvariante, wie sie beispielsweise auch an Spanien angeboten wird, aufweisen. Nebst der modernen Ausstattung mit Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten sind als Bewaffnung vorgesehen:

- eine Automatenkanone 30 mm M781 von Giat
- Luft-Boden-Lenkwaffen AGM-114 «Hellfire» von Boeing
- Behälter für ungelenkte Raketen 70 mm CRV-7 von Bristol Aerospace.

Hauptauftraggeber für die Produktion ist die Firma «Eurocopter International Pacific». Die Endmontage wird in einem neuen Werk in Queensland vorgenommen, wobei bereits in diesem Jahr mit den Arbeiten begonnen werden soll. Im Jahre 2004 soll die erste australische Staffel mit dem neuen Kampfhelikopter «Tiger» einsatzbereit sein. hg

Französische Version des Kampfhelikopters «Tiger», der sich auch für Aufklärungsmissionen eignet. ■